

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/87

7. Mai 1976

Leistung und Perspektiven

SPD: Weiterer Aufbau auf stabilisiertem Vertrauen
Seite 1 und 2 / 49 Zeilen

Weiterhin ohne "Kronzeugen"

Zur Entscheidung des Rechtsausschusses gegen dieses
Institut

Von Fritz-Joachim Gnädinger MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Rechtsausschuß des Bundes-
tages

Seite 3 und 4 / 76 Zeilen

Der Juso-Einsatz hat sich gelohnt

Wieder mehr Jugendliche unter den neuen SPD-Mitgliedern

Von Joachim Hofmann
Schülerreferent beim SPD-Partelvorstand

Seite 5 und 6 / 54 Zeilen

Arbeitswelt Autoproduktion

Zur zweiten europäischen Automobilkonferenz des inter-
nationalen Metallgewerkschaftsbundes

Von Dr. Karl H. Pitz
Wirtschaftsabteilung der Industriegewerkschaft Metall

Seite 7 und 8 / 66 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 400
Pressenhaus I, Zimmer: 217-224
Telefon: 32 90 97 - 38
Telex: 68 85 646 - 48 pppn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Leistung und Perspektiven

SPD: Weiterer Aufbau auf stabilisiertem Vertrauen

Die Wahlkampf-Plattform 1976, die nach der Billigung durch die sozialdemokratischen Führungsgremien jetzt zur Diskussion in die Partei geht, um dann im Juni auf dem Dortmunder Wahlparteitag endgültig beschlossen zu werden, besticht durch die durchgehend sachliche Konkretheit ihrer Aussagen. Das ist ein positiver Wert an sich, der aber noch deutlicher wird beim Vergleich mit dem Papier der Unions-Parteien, das, läßt man mal die glatten Formulierungskünste des Biedenkopf-Braintrustes beiseite, in der Sache doch recht substanzlos und nebulös wirkt.

Die sozialdemokratische Wahl-Plattform hat sich, das notwendigerweise etwas allgemeinere Vor- und Schlußwort abgerechnet, konsequent an die Maxime gehalten, in jeder ihrer Sachkapitel in der möglichen Knappheit die Leistungen der führenden Regierungspartei darzustellen und dann die Perspektiven der festumrissenen Aufgaben vorzulegen, die in den nächsten vier Jahren angepackt und verwirklicht werden sollen. Dem Wähler wird also ein Papier vorgelegt, das ihm beweist und wissen läßt, daß er es mit einer Partei zu tun hat, die das Vertrauen, um das sie ihn am 3. Oktober bittet, vollauf verdient. Die Nüchternheit der Sprache der sozialdemokratischen Wahlkampf-Plattform ist in Leistungsbericht und Perspektive ein ausgezeichnetes Mittel, um dem Wähler die Entscheidung zu erleichtern, denn es wird ihm klar, daß gerade das von ihm der SPD und der von ihr geführten sozialliberalen Koalition bisher schon gegebene Vertrauen nicht enttäuscht, sondern voll honoriert worden ist. Das gilt für alle Bereiche des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, wobei die Regierung des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidt natürlich mit berechtigter Genugtuung insbesondere auf das wirtschaftlich-finanzielle-soziale Gebiet verweisen kann. Ein vergleichen-

der Blick ins Ausland bringt Beweise genug für die Modellhaftigkeit der bundesdeutschen Situation und Entwicklung.

Jeder Wähler ist anhand der Wahl-Plattform der SPD jederzeit selbst in der Lage, festzustellen, daß die christkonservative Scheinalternative "Sozialismus oder Freiheit" sich im Lichte der Tatsachen zu einem absurden Nichts verflüchtigt. Diese CDU/CSU-Parole, wie immer sie auch formuliert wird, blüht in wirkungslose Leere, weil die Realität des deutschen Lebens eben anders ist. Der vom gemeinsamen Grundgesetz getragene und geformte demokratische und soziale Rechtsstaat ist der ständige Auftrag für die von ihren Anfängen an unermüdlich für Befreiung und Freiheit kämpfende SPD, auch und gerade die persönliche Freiheit jedes Staatsbürgers nach innen und nach außen zu festigen und zu sichern. Und jede Leistung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich z.B. erweitert und garantiert den Freiheitsbereich jedes einzelnen Bürgers der Bundesrepublik Deutschland. Das wird fortgesetzt: in Bewahrung und Verteidigung des Erreichten und in zügig-schrittweiser Reformarbeit.

Die SPD stellt in ihrer Wahl-Plattform fest, daß sie bereit ist, die erfolgreiche Koalition mit der FDP fortzusetzen. Ein Vergleich der Aussagen der beiden Parteien zeigt das breite Ausmaß der Gemeinsamkeiten, die zum Wohl des ganzen Volkes und Staates kooperativ zu verwirklichen sind. Die Basis für die nächsten vier Jahre sozialliberaler Regierungstätigkeit unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt ist gegeben. Der Wähler wird das am 3. Oktober 1976 bestätigen.

Erhardt Eckert
(-/7.5.1976/bgy/e)

+ + +

Weiterhin ohne "Kronzeugen"

Zur Entscheidung des Rechtsausschusses gegen dieses Institut

Von Fritz-Joachim Gnädinger MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Rechtsausschuß des Bundestages

Der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages behandelte in seiner letzten Sitzung im Rahmen der Beratungen von Gesetzentwürfen zur besseren Bekämpfung terroristischer Vereinigungen auch die Frage, ob in das deutsche Strafprozeßrecht, beschränkt auf schwerkriminelle Vereinigungen, das Institut des "Kronzeugen" eingeführt werden soll oder nicht. Dabei wurden noch einmal das Für und Wider der Einführung eines solchen dem deutschen Strafprozeß bisher fremden Rechtsinstituts erwogen.

Die Abwägung der zahlreichen Argumente war außerordentlich sorgfältig. Befürworter der Kronzeugenregelung verwiesen darauf, daß die Strafverfolgungsorgane gegenüber terroristischen Vereinigungen sich häufig in einem Ermittlungsnotstand befinden; denn die Bandenmitglieder sind gewöhnlich nicht bereit, belastende Aussagen gegen Angehörige einer terroristischen Vereinigung zu machen. Es wurde auch darauf verwiesen, daß allein die Existenz einer Kronzeugenregelung geeignet sei, die Angehörigen terroristischer Vereinigungen zu verunsichern und so den Zusammenhalt der Vereinigungen zu lockern. Die Mitglieder einer terroristischen Vereinigung müßten, so wurde angeführt, laufend mit der Gefahr rechnen, daß sich ein Mitglied Strafmilderungen oder Straffreiheit durch die Preisgabe von Informationen an Strafverfolgungsbehörden zu Lasten der übrigen Mitglieder erkaufen könnte.

Diesen für das Institut des "Kronzeugen" sprechenden Gedanken stehen Argumente gegenüber, die entscheidende Zweifel daran begründen, ob die Einführung des "Kronzeugen" in das deutsche Strafprozeßrecht, auch in der Beschränkung auf die terroristischen Vereinigungen, sinnvoll und zweckmäßig ist. In aller Regel sind die Aussagen von Kronzeugen nicht verlässlich, allzu groß ist die Versuchung, auch durch falsche, zu Unrecht belastende Angaben Milderungen oder Straffreiheit einzuhandeln. Das müßte dazu führen, Unschuldige der Gefahr einer ungerechtfertigten Verurteilung auszusetzen.

Der Rechtsausschuß hat auch die Erfahrungen in anderen Staaten ausgewertet, die seit langen Jahren das Rechtsinstitut des "Kronzeugen" ken-

nen und sich zunutze machen. Das führte zwar nicht zu endgültiger Klarheit, denn die Beurteilung in den einzelnen Staaten ist unterschiedlich. Es ließ sich jedoch die Tendenz feststellen, daß auch die Erfahrungen in ausländischen Staaten sehr gegen die Zweckmäßigkeit der Einführung des "Kronzeugen" in das deutsche Recht sprechen. Hinzu kommt, daß in der Bundesrepublik Deutschland das sogenannte Legalitätsprinzip herrscht; danach ist der Staatsanwalt verpflichtet, jede ihm bekannt gewordene strafbare Handlung zu verfolgen. Er darf nicht, abgesehen von einigen Ausnahmen, von der Verfolgung bestimmter Straftaten absehen.

Die Einführung der Kronzeugenregelung hätte ohne Frage eine schwerwiegende Durchbruchung dieses Legalitätsprinzips bedeutet, deren Folgen nicht mit letzter Sicherheit absehbar sind. Es ist zudem schwer vorstellbar, in der deutschen Öffentlichkeit Verständnis für eine Regelung zu finden, die einem Täter, der schwerster Delikte schuldig ist, Straffreiheit nur deshalb gewährt, weil er bereit war, über die Verbrechen der eigenen, mit ihm bei den Taten verbundenen Mittäter Angaben zu machen.

Es fällt schwer, bei dieser Sachlage und dem Nebeneinander von Vor- und Nachteilen einer Kronzeugenregelung eine Entscheidung zu treffen, die jedermann überzeugt. Der Rechtsausschuß kam jedoch in seiner ganz Überwiegenden Mehrheit zu dem Ergebnis, daß ein Institut, dessen Wirkungen fraglich und dessen Folgen schwer abschätzbar sind, nicht in unseren Strafprozeß aufgenommen werden sollte.

Man darf auch nicht übersehen, daß das geltende Strafrecht in gewisser Weise Elemente enthält, die durch die Kronzeugenregelung zusammengefaßt und verstärkt worden wären. Denn durch die Bestimmung des Strafmaßes und den Erlaß einer Strafe im Gnadenwege oder die Verkürzung der Strafe durch Gnadenausspruch ermöglichen schon heute, die ernsthafte Bereitschaft eines schuldig gewordenen Täters zu einem Geständnis zu honorieren. Schon heute werden Mitglieder von kriminellen Vereinigungen oder terroristischen Vereinigungen, die bereit sind, vor Gericht Angaben zu machen, als "Kronzeugen" bezeichnet. In diesem Zusammenhang bleibt es unter soziologischen Aspekten interessant, daß die von der Öffentlichkeit nicht korrekt als "Kronzeugen" bezeichneten Bandenmitglieder in aller Regel aus der Arbeiterschaft kommen, während die anderen, aus der Mittelschicht stammenden Straftäter zu Aussagen durchweg nicht bereit sind.

(-/7.5.1976/bgy/pr)

+ + +

Der Juco-Einsatz hat sich gelohnt

Wieder mehr Jugendliche unter den neuen SPD-Mitgliedern

Von Joachim Hofmann

Schülerreferent beim SPD-Parteivorstand

"Auch wenn die politischen Profis es nicht gerne zeigen", so resümierte die ZDF-Sendung "Wahl 76 - Jungwähler" am 22. April, "die Jungwähler geben ihnen zur Zeit mehr Rätsel auf denn je." Doch nicht nur den Polit-Profis geben die Jungwähler offensichtlich Rätsel auf, wohl auch den Profi-Journalisten. Da gibt es kaum eine bundesdeutsche Gazette, die in den letzten Monaten ihre Spalten nicht mit längeren Abhandlungen über die angebliche "konservative Tendenzwende in der Jugend" gefüllt hätte. Da wurde dann vor allem in schwärmerischen Farben das Bild von den "Erfolgen der Schüler-Union" - jenem vor allem aus der Presse bekannten Jungproß der Unions-Parteien - gezeichnet.

Es ist nun etwas ruhiger geworden: "Wenn heute eine ideologisch gut geschulte, breit angelegte Bewegung von seiten der Linken an den Schulen in Gang gesetzt werden sollte, so könnte dies katastrophale Folgen haben." So kürzlich die Kessendraruße des Bundessprechers der Schüler-Union in deren Hauspostille. Der Abbau der arroganten Selbstzufriedenheit der Schüler-Union ermöglicht es, den großen Bluff dieser Jung-Unionisten mit deren fingierten Mitgliederstatistiken zu entzaubern. So hatte z.B. die Schüler-Union behauptet, daß sie im Saarland nunmehr 1.650 Mitglieder habe. Ihrer Landeskongferenz mit 90 Delegierten lag allerdings der Delegiertenschlüssel 5 : 1 zugrunde; auf fünf Jung-Unionisten kam ein Delegierter. Das sind also nicht 1.650 SU-Mitglieder, sondern 450. Auch Zahlen können lügen!

Neben den Polit-Profis und der Presse geben die Jungwähler offenbar denen die größten Rätsel auf, die für deren Lösung eigentlich bezahlt werden: den Meinungsforschern! Da gab es jene verwegene infes-Studie, die vor anderthalb Jahren die Nachricht verbreitete, die Jungwähler liefen der SPD scharenweise davon. Heute wissen wir: Wir hätten absolute Mehrheiten für die sozialdemokratische Partei in NRW, Bremen, Hessen und Schleswig-Holstein (!) sowie eine Zwei-Drittel-Mehrheit der sozialliberal regierten Länder im Bundesrat, wenn alle Bürger in der Bundesrepublik bei den letzten

Bundestagswahlen so gewählt hätten wie die jungen Wähler zwischen 18 und 25.

Diese Fakten haben den CDU-Wählerforscher Prof. Warner Kaltefleiter nicht davon abgehalten, im "Spiegel" Horror-Zahlen über einen angeblichen CDU-Sympathieboom bei den Jungwählern (18 bis 21 Jahre) zu veröffentlichen. Müssen sich Sozialdemokraten nunmehr vor der Jugend ängstigen? Sind die vormalig zuverlässigsten Bataillone der Sozialdemokraten zum Feind übergelaufen? Die Fakten sprechen gegen diese Behauptung. Jetzt liegt nämlich die exakte Statistik über die Mitgliederneuaufnahmen der SPD im Jahre 1975 vor. Erfreuliches Ergebnis: Jeder fünfte "Neu-Genosse" ist nicht älter als 21 Jahre. Oder genauer: Im Jahre 1975 hat die SPD 18,12 vH junge Leute zwischen 16 und 21 Jahren gewonnen.

Die Zahl ist in vielerlei Hinsicht bedeutungsvoll: In den sechziger Jahren kam kaum jede zehnte Neuaufnahme aus dieser Altersgruppe. Einen deutlichen Aufwind bei der Mitgliederwerbung verzeichnete die SPD zu Anfang der 70er Jahre mit Beginn der sozialliberalen Koalition und nach dem sozialistischen Umbruch bei den Jungsozialisten im Dezember 1969. 1971 entstammten sogar 21,1 vH der Neuaufnahmen dieser Altersgruppe. Dann sank wiederum der Anteil der "Jung-Genossen" unter den Neuaufnahmen kontinuierlich bis 1974 auf 14,13 vH. Aber 1975 konnten die Mitgliederneuaufnahmen schon wieder fast an die Erfolge von 1971/72 anschließen.

Mit dem Mitgliederboom 1975 im Jugendbereich hat sich offenbar das verstärkte Engagement gerade auch der Jungsozialisten unter den Schülern, Hochschülern und jungen Arbeitnehmern ausgezahlt. (-/7.5.1976/bgy/pr)

+ + +

Arbeitswelt Autoproduktion

Zur zweiten europäischen Automobilkonferenz
des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes

Von Dr. Karl H. Pitz

Wirtschaftsabteilung der Industriegewerkschaft Metall

Der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) in Genf veranstaltet vom 10. bis 13. Mai 1976 in München seine zweite Konferenz für Arbeitnehmer in der europäischen Automobilindustrie. Es werden Delegierte aus allen europäischen Automobilländern zu dieser Konferenz erwartet. Die deutsche Delegation wird unter Führung von Eugen Loderer, dem ersten Vorsitzenden der IG Metall und zugleich Präsident des IMB, an der Tagung teilnehmen. Im Mittelpunkt der Tagesordnung wird der Austausch von Informationen und Erfahrungen der Delegierten auf den Gebieten "Vollbeschäftigungspolitik", "Humanisierung der Arbeitswelt" und "Demokratisierung der Wirtschaft" stehen.

Die beschäftigungspolitische Diskussion wird von dem starken wirtschaftlichen Rückschlag der letzten Jahre geprägt. Die Weltrezession hat gerade auch die Automobilindustrie erfaßt und dort das wirtschaftliche und soziale Schicksal von Hunderttausenden von Automobilarbeitern und deren Familien geprägt. In der Automobilindustrie zeigt sich mehr und mehr, daß Konjunkturschwankungen und die damit verbundenen Krisen nicht nur nicht überwunden sind, sondern an Stärke noch eher zunehmen. Wir scheinen damit auch in Europa in eine Phase einzutreten, die in den USA bereits vor Jahren erreicht worden ist: Mit zunehmender Annäherung an Sättigungsgrenzen schlägt die Automobilnachfrage stärker nach oben und unten aus.

Die mit dieser überdurchschnittlichen Konjunkturanfälligkeit der Automobilindustrie verbundenen besonderen Beschäftigungsschwankungen schälen sich mehr und mehr als zentrales Problem heraus. Die europäischen Automobilarbeitergewerkschaften wenden sich gegen eine rigorose Anpassung

der Belegschaftsstärke an die jeweilige Konjunkturlage. Auf der Konferenz wird es daher zu einer Diskussion über die beschäftigungspolitischen Initiativen der Zukunft kommen. Die Begrenzung der beschäftigungspolitischen Risiken läßt sich zum einen auf tarifpolitischem Wege erreichen. Beispiele sind vor allem: Tarifverträge, die ältere Arbeitnehmer vor einer Herabstufung ihres Einkommens und vor Entlassungen schützen und Tarifverträge, die die Verkürzung der Arbeitszeit zum Ziel haben. Die Verringerung der Arbeitszeit wird sich in den kommenden Jahren noch weiter in den Vordergrund schieben. Je stärker die Produktivitätsreserven von den Unternehmern mobilisiert werden und je langsamer die Automobilproduktion wegen Sättigungserscheinungen wächst, um so stärker werden mittel- bis langfristig die Arbeitsplätze von Automobilarbeitern gefährdet. Dieses Risiko werden sich mehr und mehr Gewerkschaften in aller Welt bewußt. Als Handlungsmöglichkeit bietet sich die Verkürzung der Arbeitszeit an, um die noch vorhandene Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen.

Die Begrenzung beschäftigungspolitischer Risiken läßt sich zum zweiten durch gewerkschaftliche Arbeit auf der betrieblichen Ebene erreichen. Gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte und Vertrauensleute haben es in der Hand, die Zahl der täglich geleisteten Überstunden und der Sonderschichten zu beeinflussen. Die Delegierten der Konferenz werden die Möglichkeiten diskutieren, durch restriktive Handhabung dieser Instrumentarien die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Produktionsprozeß zu erzwingen.

Die Begrenzung beschäftigungspolitischer Risiken muß schließlich durch eine adäquate Vollbeschäftigungspolitik der Regierungen sichergestellt werden. Arbeitslosigkeit ist kein Mittel der Wirtschaftspolitik. In diesem Zusammenhang ist die Initiative der Kommission der Europäischen Gemeinschaft zu begrüßen, Mitte dieses Jahres eine Dreierkonferenz mit Gewerkschaften und Arbeitgebern einzuberufen, um eine Gemeinschaftsstrategie für Vollbeschäftigung und Stabilität zu erarbeiten.

Auf dem Felde der Humanisierung der Arbeitsbedingungen haben die meisten Gewerkschaften Erfolge aus den letzten Jahren vorzuweisen. Die Diskussion der Erfahrungen könnte eine weitere Harmonisierung der Politik auf diesem Gebiet unterstützen. Eng verbunden mit diesem Thema ist das Problem der Humanisierung der Umwelt. Die Beeinträchtigung unserer Umwelt durch das Automobil ist wiederholt Gegenstand der Kritik der Gewerkschaften gewesen. Daran hat sich nichts geändert. Auch in Zukunft müssen die Abgaskontrollen, die Lärmbekämpfung und die Sicherheitseinrichtungen noch wesentlich verbessert werden. Entsprechende gesetzliche Auflagen der Regierungen an die Automobilindustrie stehen weiter auf der Tagesordnung. Die damit verbundenen positiven Beschäftigungseffekte müssen in die Diskussion einbezogen werden.

(-/7.5.1976/hgy/pr)

+ + +
Verantwortlich für den Inhalt: Claus Praller